

# Gefolterte Häftlinge klagen an

Mutiges Auftreten im Athener Prozeß — Geflüchteter Angeklagter sprach in Wien

Während vor dem Athener Militärgericht der Prozeß gegen 34 Mitglieder des Zentrums „Demokratische Verteidigung“ zu Ende geht, sprach am Montagabend einer der in Abwesenheit Angeklagten, der Athener Rechtsanwalt Konstantin Simitis, in Wien über die rechtlichen Hintergründe des Verfahrens. Die Schlußfolgerung des jetzt in Gießen als Verfassungsspezialist tätigen Juristen, der von der „Vereinigung der Freude der griechischen Demokratie“ eingeladen worden war: „Die erst kürzlich verabschiedete griechische Verfassung ist ein Fetzen Papier. Maßgebend sind nach wie vor die von der Junta nach dem Putsch beschlossenen Notstandsgesetze.“

Der Prozeß gegen die 34 Professoren, Anwälte, Beamten und den Exgeneral Giorgios Jordanidis gab dafür erschütterndes Anschauungsmaterial. So wurden zahlreiche Angeklagte, wie sie vor Gericht zu Protokoll gaben, auf das grausamste gefoltert, obwohl die Verfassung natürlich die Folter verbietet. Die Untersuchungshäftlinge wurden an den Daumen aufgehängt, stundenlang geprügelt — mit Vorliebe auf die Fußsohlen —, tagelang zum Aufrechtstehen oder zum Aufundabgehen in der Zelle gezwungen, tagelang ohne Essen, ohne Wasser und ohne Schlaf gehalten und schließlich mit Drogen „behandelt“, die Halluzinationen und Nervenzusammenbrüche hervorriefen. Dennoch bewiesen viele Beschuldigte und auch mehrere Zeugen vor dem Athener

Militärtribunal staunenswerten Mut. So meinte der angebliche Führer der Widerstandsorganisation, General Jordanidis, das jetzige Regime habe die legale griechische Regierung mit Gewalt gestürzt, jeder Widerstand gegen das Regime sei „ehrenhaft“. Die von der Opposition durchgeführten Knallkörperexplosionen — vom Gericht Bombenschläge genannt — bezeichnete der Exgeneral als „Schreie der Agonie der griechischen Nation“. Der bekannte Nationalökonom Dionysos Karageorgas nannte die Detonationen „einen Ausdruck des Protestes gegen die Abschaffung der Freiheit durch die Regierung“ und meinte, es sei „absurd“, daß er und seine Freunde des Umsturzes der politischen Ordnung durch jene Offiziere angeklagt würden, die eben diese Ordnung selbst gestürzt hätten. Der Verfassungsjurist Alexandros Mangakis, der in der Haft brutal gefoltert worden war, erklärte die Organisation von Widerstandsgruppen für „ein legales Verteidigungsmittel eines Volkes, das seiner Freiheit beraubt ist“.

Die 34, die zum Großteil der ehemaligen Zentrumsunion von Giorgios und Andreas Papandreou nahe stehen, sind der subversiven Tätigkeit zum Umsturz der Staatsordnung, der Zusammenarbeit mit Kommunisten, der Herstellung von Flugzetteln und sogenannten „Bomben“ angeklagt. Mit den — harmlosen — Sprengkörpern auf belebten Plätzen wollten sie die Aufmerk-

samkeit der Griechen und der Welt auf die Unterdrückung lenken. In den Worten des angeklagten Rechtsanwalts Christos Rokofyllos: „Unsere Taten waren ein bewußtes Opferangebot auf dem Altar des Vaterlandes.“

## DAUERND VERFASSUNGSBRÜCHE

Vor den Wiener „Freunden der griechischen Demokratie“ wies Mitangeklagter Simitis Punkt für Punkt die zahlreichen Verfassungsbrüche nach, die das Militärregime auf Grund der Notstandsverordnungen am laufenden Band begeht: So werden — trotz gegenteiliger Verfassungsbestimmungen — Menschen ohne richterlichen Befehl verhaftet, ohne Mitwirkung gesetzlicher Richter vor Sondergerichte gestellt und die Bildung von Parteien, Gewerkschaften und die freie Meinungsäußerung unter Strafe gestellt. Mangels an „loyaler Haltung zu den Werten der Nation“ führt (auf Grund von Denunziationen der Polizei) ohne Verfahren zur Entlassung von Beamten, Richtern, Professoren und der Relegation von Studenten. Wer nicht „loyal“ ist, darf auch keinen Führerschein haben, keinem Sportverein beitreten und nicht ins Ausland reisen. Über die Habilitation von Universitätsdozenten entscheidet ein „Regierungskommissar“, in der Regel ein Offizier.

SP-Klubobmann Pittermann, Präsident der Vereinigung, erklärte zu Simitis' Hilfsappell für die griechische Demokratie, die demokratischen Staaten müßten einen Druck auf die Junta ausüben, und stellte sich, wie Simitis, hinter die Forderung „Keine Vergnügungsreisen nach Griechenland“.

## Kery erinnert an das Jahr 1945

Dem Chaos folgten Frieden, Freiheit und Wohlstand

Vor 25 Jahren, in den letzten Märztagen und ersten Apriltagen 1945, hat die russische Armee das Burgenland besetzt. Diese Schicksalstage bürdeten unserer Bevölkerung gewaltige Opfer auf, es waren Tage der Ungewißheit und des Schreckens. Das erklärte Landeshauptmann Theodor Kery in einer Radiorede.

Die letzten Schüsse des Krieges trafen aber auch mit den Bemühungen um den Wiederaufbau, die Wiederbelebung der Demokratie und mit der Möglichkeit zusammen, das 1938 zerschlagene Burgenland wiederzuerrichten. Die Geschichte des Burgenlandes ist wahrhaftig tragisch. Schon der Anschluß an Österreich war mit Kämpfen und Opfern verbunden. 1938 wurde es zwar von der Landkarte gestrichen, mußte aber dennoch die Last des Krieges mittragen.

1945 hatte es mehr als die anderen Bundesländer unter dem Krieg zu leiden. Der erste Besatzungssoldat, der Österreich betrat, kam in das Burgenland. Die heftigsten Kämpfe spielten sich hier ab, vielleicht lieben wir aber das Burgenland auch deswegen, weil es 1921 und 1945 unter so tragischen Opfern geschaffen werden mußte.

Wir möchten diese Tage nicht vorübergehen lassen, ohne jener zu

gedenken, die damals ihr Leben lassen mußten, der Soldaten und Zivilisten, unserer Landsleute und der Fremden. Wir gedenken aber auch jener, die damals der Gemeinschaft gedient haben, der Männer und Frauen, die die Gemeindeverwaltungen wieder ordneten, die demokratischen Parteien aufbauten und damit den Wiederaufbau des Burgenlandes ermöglichten.

Das Jahr 1945 ist aus dem Blickwinkel einer Generation zu beurteilen, die die Schrecken des Krieges kennengelernt hat und daher die Wohltat des Friedens zu schätzen weiß. Es war wahrhaftig ein Ende mit Schrecken, es war aber auch der Beginn einer neuen Zeit für Österreich und für das Burgenland. Die Zeit, die folgte, war eine Zeit des Friedens und der Freiheit, des Aufstieges und Erfolges.



Konstantin Simitis

## Entschließungen der IPU gegen Luftpiraterie und Rassismus

Bei ihrer Frühjahrstagung in Monaco verabschiedete die Interparlamentarische Union, der Parlamentarier aus etwa 100 Staaten angehören, einstimmig zwei Entschließungen. Die eine richtet sich

gegen Rassismus jeder Art, wobei der Antisemitismus besonders genannt wird, die andere fordert zu legislativen Maßnahmen gegen Luftpiraterie und gegen den Transport von Kriegsmaterial in Zivilflugzeugen auf.

Das berichtete der sozialistische Abgeordnete Broda, nachdem er von der Tagung nach Wien zurückgekehrt war. Bemerkenswert an dieser letzten Tagung war wieder das deutliche Zusammenarbeiten der amerikanischen und der russischen Delegation. In der Nahostdebatte etwa wirkte der amerikanische Vertreter beruhigend ein, und der russische Delegationsführer Spirodonow unterstützte ihn dabei nachdrücklich. Ein jugoslawischer Antrag im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung des Meeresbodens, der eine Kontrolle der UNO verlangte, wurde angenommen.

Die erfolgreiche letzte IPU-Tagung in Wien, die vor einem Jahr stattfand, war vielen Delegierten in guter Erinnerung. Die Vertreter vieler Länder trugen Broda Grüße und Glückwünsche für den neugewählten Präsidenten des österreichischen Parlaments, Diplomingenieur Waldbrunner, der ständiges Ratsmitglied der Union ist, auf.

# Budget: Prognosen alarmierend

## Defizite übertreffen die bisherigen Schätzungen

Die Prognosen des Wirtschaftsbeirates über die Entwicklung der Budgetdefizite der nächsten Jahre sind alarmierend. Die Budgetvorschau der Experten der Arbeitsgruppe Budgetpolitik, die Dienstag in der Sitzung des Wirtschaftsbeirates diskutiert wurde, reicht bis 1974 und übertrifft die bisherigen Schätzungen über das Ausmaß der Haushaltsdefizite.

Die Berechnungen des Beirates stützen sich auf die derzeitige Rechtslage (nehmen also das Auslaufen der Sondersteuern Ende dieses Jahres an) und basieren auf der Annahme, daß der Zuwachs der Staatsverschuldung mit der Wachstumsrate des Sozialprodukts Schritt hält. Die Budgetprognose geht dabei von zwei Wachstumsvarianten aus, einer 7prozentigen (4 Prozent reales Wachstum und 3 Prozent Inflationsrate) und einer 9prozentigen (5 Prozent reales Wachstum, 4 Prozent Inflationsrate). Dementsprechend schwanken auch die geschätzten Defizite.

Die Bruttodefizite sollen nach der ersten Variante zwischen 17 und 23 Milliarden Schilling in den Jahren 1971 bis 1974 und nach der zweiten zwischen 13 und 19 Milliarden Schilling schwanken, wobei die Defizitspitze im Jahre 1972 erwartet wird. Der Sanierungsbedarf nach Abzug der Schuldentilgung soll sich bei einem 9prozentigen nominalen Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt zwischen 5 und 6 Milliarden Schilling, bei einem

nur 7prozentigen Wachstum jedoch zwischen 9 und 10 Milliarden Schilling bewegen. Dies würde etwa dem im sozialistischen Finanzierungs-konzept geschätzten Sanierungsbedarf von jährlich rund 7 Milliarden Schilling entsprechen.

Die Budgetvorschau ist noch eine provisorische. Sie wird in den nächsten Tagen überarbeitet und soll in der Endfassung Anfang Mai vorliegen.

Die Defizite sind eine Erbschaft der ÖVP-Alleinregierung und müssen eine neue Regierung vor große Probleme stellen. Eine konstruktive Budgetpolitik wird damit zum Schlüssel einer schrittweisen Reduzierung der in diesem Ausmaß nicht mehr finanzierbaren Haushaltsabgänge.